



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

67. Sitzung (öffentlich)

11. November 2209

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:30 Uhr

14:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss beschließt, die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 11 „Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen“, Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 14/10027, und 12 „Managergehälter: Anstand wahren und Transparenz gewährleisten“, Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 14/9762, von der Tagesordnung abzusetzen.

1 Aktuelle Viertelstunde

7

Opel: Wie geht es nach der Entscheidung von GM weiter?

– Bericht durch Ministerin Christa Thoben (MWME)

7

– Aussprache

9

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

hier: Einzelplan 08

Vorlagen 14/2793 und 14/2856

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 08 zu.

3 Gesetz zur Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen (EA-Gesetz NRW) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8947

APr 14/918

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Oppositionsfraktionen ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf der Landesregierung in geänderter Fassung zu.

- 4 Gesetz zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften (DL-RL-Gesetz NRW) 22**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9738
- Stellungnahme 14/2903
- Der Ausschuss beschließt, über den Gesetzentwurf am 9. Dezember abschließend zu beraten.
- 5 Stand der Planungen von Factory Outlet Centern (FOC) in NRW 23**
- Bericht der Landesregierung
- Aussprache 23
- 6 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 27**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9265
- Der Ausschuss vertagt die Behandlung des Gesetzentwurfs.
- 7 OVG-Entscheidung zum Bebauungsplan für das Steinkohlekraftwerk Datteln 28**
- Bericht der Landesregierung
- Vorlagen 14/2849, 14/2887, 14/2951 und 14/2952
- Beratung
- 8 Der Bau des E.ON-Kraftwerks in Datteln muss im Interesse der Zukunft des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen schnell vollendet werden! 34**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 14/9917

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9946

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9952

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

9 Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9858

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9949

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie bei Stimmenthaltung der Koalitionsfraktionen beschließt der Ausschuss als Termin für die Anhörung den 27. November 2009 um 10:30 Uhr.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, den Fragenkatalog und die Namen der Anzuhörenden vorbehaltlich der Ergänzung durch den Abgeordneten Priggen bis morgen Abend.

10 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie 39

Vorlage 14/2854

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen-Fraktion sowie bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wurde zu dem Verordnungsentwurf gehört und hat gegen die Ausfertigung der Verordnung keine Einwendungen erhoben.

11 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Energiewirtschaftsrechts 40

Vorlage 14/2855

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wurde zu dem Verordnungsentwurf gehört und hat gegen die Ausfertigung der Verordnung keine Einwendungen erhoben.

12 Verschiedenes 41

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

hier: Einzelplan 08

Vorlagen 14/2793 und 14/2856

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Franz-Josef Knieps teilt mit, in der Sitzung am 30. September habe der Einzelplan 08 für das Haushaltsjahr 2010 erstmals auf der Tagesordnung gestanden. Herr Staatssekretär Baganz habe dem Ausschuss seinen Sprechzettel überlassen, der unter der Vorlagennummer 14/2856 zur Verfügung stehe. Heute stünden die Beratungen über den Einzelplan 08 in Gänze sowie die vonseiten der Fraktionen eingereichten Änderungsanträge auf der Agenda. Es liege ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (**Anlage zu TOP 1**). Weitere Änderungsanträge hätten das Ausschusssekretariat nicht erreicht.

Thomas Eiskirch (SPD) führt aus, wie in jedem Jahr könne er auch dieses Mal wieder sagen, dass der Haushaltsplanentwurf ideenlos, mutlos und kraftlos sei. Dies werde von Jahr zu Jahr nicht besser. An welchen Punkten er dies genau festmache, werde er im Plenum deutlich machen.

Herr Baganz habe in seiner Einführungsrede von einer „Erhöhung des Bürgschaftsvolumen“ gesprochen. Der Abgeordnete möchte wissen, inwieweit bis jetzt der Bürgschaftsrahmen in Anspruch genommen worden sei.

Bezüglich Ziel 2 für den Haushalt 2010 gebe es eine Übersicht, welche Calls zu erwarten seien. Er bitte darum, den Abgeordneten diese Übersicht zur Kenntnis zu geben, um zu erfahren, welche Volumina pro Call in Euro vorgesehen seien.

Reiner Priggen (GRÜNE) legt dar, der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsplanentwurf müsse vor dem Hintergrund dessen, was die neue Bundesregierung verabschiedet habe, und der Konjunkturpakete der großen Koalition auf Bundesebene von Anfang des Jahres gesehen werden. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf für den Bereich Wirtschaft sei ein beschämender Ausdruck dafür, dass sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung Jahr um Jahr immer schlechter positioniere. Sie finanziere jeden Unfug, den die Bundesregierung auch im Rahmen der Konjunkturpakete mache, mit. Als Beispiel nenne er die Abwrackprämie, die vonseiten der FDP ja heftig kritisiert worden sei.

Ministerpräsident Rüttgers und Minister Pinkwart hätten trotz intensiver Begleitung der Koalitionsverhandlungen nicht verhindert, dass der Anteil Nordrhein-Westfalens an dem dort beschlossenen unsinnigen Paket 885 Millionen € betrage. Die beschlos-

senen Maßnahmen seien geprägt von einer sozialen Ungerechtigkeit, die keinen Konjunkturreffekt haben würden. Für eine typische Klientelbedienug halte er die Erleichterung für Hoteliers und Gaststätten bezüglich des Mehrwertsteuersatzes. Dies werde nicht zu Beschäftigungsanreizen führen. Es handele sich um ein reines Steuerergeschenk. Das Gleiche gelte für die Regelung, dass Geschwister und andere hinsichtlich der Erbschaften anders behandelt würden. Als drittes Beispiel nenne er die Erleichterungen für Familien. Insbesondere das zeige die soziale Unausgewogenheit der Maßnahmen. 20 € Kindergeld mehr helfe den Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern nichts. Auch von den steuerlichen Freibeträgen hätten diejenigen am unteren Ende der Einkommensskala nichts. An all diesen Maßnahmen beteilige sich das Land Nordrhein-Westfalen mit 885 Millionen €. Dies halte er für ein Armutszeugnis für die Politik dieser Landesregierung.

Sinnvolle Maßnahmen, was Gebäudesanierung angehe, müssten aus dem Emissionshandel finanziert werden. Diesbezüglich habe sich die Landesregierung stets falsch aufgestellt. Nun stehe im Koalitionsvertrag auf Bundesebene, dass 50 % für Anpassungen an den Klimawandel und internationale Maßnahmen eingesetzt werden sollten. Die anderen 50 % bekomme in wesentlichen Teilen der Bundesfinanzminister, um die Steuermindereinnahmen von Unternehmensseite auszugleichen. Das bedeute, Nordrhein-Westfalen liefere 40 bis 50 % dessen, was der Bund einnehme. Dasjenige, was nach Nordrhein-Westfalen zurückkomme, sei ein Bruchteil davon. Die Spielräume würden also immer enger. Die Koalition schaffe es ja nicht einmal mehr – hier komme er auf den Änderungsantrag seiner Fraktion zu sprechen –, die Einnahmen vernünftig in den Haushalt einzustellen. Erst gerade habe er erfahren, dass der Finanzminister aufgrund der Rückzahlung der zu zahlenden Beihilfen für den Steinkohlenbergbau, da die BAFA-Preise deutlich höher seien, 64 Millionen € in den Haushalt einstellen wolle. Seine Fraktion habe 72 Millionen € ausgerechnet. Insofern liege seine Fraktion gar nicht so schlecht.

Oliver Wittke (CDU) zeigt sich von den bisherigen Beiträgen enttäuscht. Während sich der Abgeordnete Eiskirch in Phrasen ergehe, führe der Abgeordnete Priggen eine bundespolitische Debatte. Auf der Tagesordnung stehe die Beratung über den Landeshaushalt.

Er stelle fest, dass die Opposition keine Alternativen aufzeige. Darüber hinaus verweigere sie sich einer inhaltlichen Debatte dessen, was die Regierung vorgelegt habe. Seine Fraktion werde dem Haushaltsplanentwurf für den Bereich Wirtschaft zustimmen. Es schmerze natürlich, dass ein beträchtlicher Prozentsatz der zur Verfügung stehenden Mittel für die Unterstützung der Steinkohle draufgehe. Dies werde sich in den nächsten Jahren ja Stück für Stück ändern. Vor dem Hintergrund sei es vom Ministerpräsidenten und der Wirtschaftsministerin klug gewesen, bei den Verhandlungen mit dem Bund und den Bergbauunternehmen darauf zu drängen, dass das Land Nordrhein-Westfalen noch vor dem Bund aus der Subventionierung der heimischen Steinkohle aussteigen werde, denn dadurch eröffneten sich Spielräume im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Seine Fraktion begrüße, dass die Ziel 2-Mittel zielgerichtet eingesetzt werden könnten und die Höhe dieser Mittel konstant bleibe. Insbesondere froh sei man darüber, wie diese Mittel ausgegeben würden. In der Vergangenheit seien Ziel 2-Mittel in Nordrhein-Westfalen mit der Gießkanne verteilt worden, wodurch viele Investitionsruinen entstanden seien. Dies gelte insbesondere für seine Heimatregion Gelsenkirchen. Die jetzige Landesregierung hingegen setze auf Wettbewerb. Dies habe dem Ruhrgebiet nicht geschadet, aber insgesamt dem Land Nordrhein-Westfalen genutzt. Von daher ermuntere er die Landesregierung, diesen Weg auch zukünftig zu beschreiten. Die 229 Millionen € in den Kapiteln 64 und 65 seien gut angelegtes Geld und gute Zukunftsinvestitionen.

Insgesamt handele es sich um einen ordentlichen Haushalt auch im Bereich Wirtschaft, Mittelstand und Energie.

Dietmar Brockes (FDP) lässt verlauten, sicherlich gebe der Haushaltsplanentwurf des Wirtschaftsministeriums keinen Anlass zum Jubeln. Wie bereits in den vergangenen Jahren sei annähernd die Hälfte des Gesamtvolumens durch die verfehlte Politik in der Vergangenheit gebunden. Dies werde gerade durch den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich.

In Anbetracht des Änderungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stelle er fest, dass die Grünen in der Vergangenheit besser auf Haushaltsdebatten vorbereitet gewesen seien. Der Finanzminister sei diesbezüglich bereits tätig geworden. Insofern sollte der Änderungsantrag zurückgezogen werden.

Die Belastung des Landes Nordrhein-Westfalen beliefen sich nicht auf 885 Millionen €, sondern auf 360 Millionen €. Von daher operiere der Abgeordnete Priggen mit falschen Zahlen.

Der Abgeordnete Priggen habe der Koalition Klientelpolitik vorgeworfen und als Beispiel die Erhöhung des Kindergeldes genannt. Der Hinweis darauf, dass 20 € mehr Kindergeld pro Monat Hartz IV-Empfänger und Arbeitslosen nicht interessieren würde, zeige ihm deutlich, welche abgehobene Politik die Grünen mittlerweile betrieben.

Die Maßnahmen auf Bundesebene führten zu mehr Wachstum auch in Nordrhein-Westfalen. Deshalb unterstütze er den auf Bundesebene eingeschlagenen Weg.

Reiner Priggen (GRÜNE) merkt an, die Ausführungen des Abgeordneten Brockes zeigten in schonungsloser Weise, wie ahnungslos der liberale wirtschaftspolitische Sprecher hinsichtlich der Situation armer Familien sei. Nach seiner Kenntnis werde Hartz IV-Empfängern eine Kindergelderhöhung vom Hartz IV-Satz abgezogen. Diese Kindergelderhöhung komme also bei denen gar nicht an. Insofern halte er seinen Vorwurf für berechtigt.

Der Abgeordnete Brockes habe ausgeführt, dass es sich bezüglich der Steinkohlebeihilfen um eine verfehlte Politik von SPD und Grünen gehandelt habe. Bis Ende 2005 habe das Kohleregime, eingeleitet unter Kohl und Rexrodt, aus dem Jahre 1997 gegolten. Das damalige Verhandlungspaket sei zwischen Berlin und Düsseldorf eingestiegt worden. Somit führe der Vorwurf des Abgeordneten Brockes ins Leere.

Ende 2005 habe es etwa 36.000 Beschäftigte im Steinkohlenbergbau gegeben. Diese könnte nicht innerhalb von drei Jahren freigesetzt werden.

Thomas Eiskirch (SPD) verweist auf die Ausführungen des Abgeordneten Wittke, wonach die freiwerdenden Mittel bei der Steinkohle endlich zur wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden könnten. Dies fordere seine Fraktion schon seit Langem ein, sodass man dies zumindest in der mittelfristigen Finanzplanung ablesen könnte. Dies sei jedoch nicht der Fall. Diese Mittel seien nicht der Wirtschaft, sondern den mindererfolgreichen Sparbemühungen des Finanzministers zugute gekommen. Der Abgeordnete Wittke werde aber sicherlich seinen Ankündigen Taten folgen lassen. Insofern gehe er davon aus, dass der Abgeordnete Wittke aufgrund der Minderausgaben von 64 Millionen €, die der Finanzminister gestern angesprochen habe, einen Änderungsantrag einbringe, dass diese 64 Millionen € für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen eingesetzt würden.

Dr. Gerhard Papke (FDP) zeigt sich überrascht von der Debatte. Zu seinen Oppositionszeiten habe man sich in Vorbereitung auf Haushaltsberatungen mit den vorgelegten Zahlen befasst. Gestern habe der Finanzminister im Rahmen einer Pressekonferenz die aktuellen Zahlen vorgetragen, und die Opposition habe davon nichts mitbekommen oder diese beiseite geschoben.

Er könne die Unzufriedenheit des Abgeordneten Priggen verstehen, dass seine Fraktion jahrelang vergeblich für den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau eingetreten sei, was die jetzige Koalition dann realisiert habe. Dies sollte auch einmal anerkannt werden.

Offenbar treibe die Grünen die aktuelle Steuerentlastungsdebatte der Koalition in Berlin so um, dass sie bei jeder Gelegenheit aufgerufen werde. Dies könne man gerne tun, denn diese Debatte halte seine Fraktion mit Freude aus, weil die neue Bundesregierung genau das mache, was sie im Wahlkampf versprochen habe.

Oliver Wittke (CDU) sagt, ein Blick in den Haushalt zeige, dass im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2010 86 Millionen € mehr an Steinkohlebeihilfe vorgesehen gewesen seien. Nach Abzug der vom Finanzminister genannten 64 Millionen € bleibe ein Mehr an Kohlesubventionen von 22 Millionen €. Vor dem Hintergrund sollte einmal der Abgeordnete Eiskirch erklären, wo da die Spielräume seien, von denen er, Wittke, gesprochen haben solle. Erst wenn die Subventionen heruntergingen, eröffneten sich Spielräume, die an anderer Stelle genutzt werden könnten. Im Moment stiegen die Steinkohlesubventionen noch an.

Reiner Priggen (GRÜNE) weist die Unterstellung des Abgeordneten Papke zurück, dass er unzufrieden damit sei, dass CDU und FDP den Kohleausstieg geschafft hätten. Seine Fraktion habe den entsprechenden Beschlüssen zugestimmt. Er wisse um die Schwierigkeit des Prozesses. Man sollte jedoch bei der Debatte ehrlich sein; hier spreche er vor allem die Äußerungen des Abgeordneten Brockes an.

Nach allen Ankündigungen von CDU und FDP müsste jedoch ein Ausstieg auch noch früher als 2018 möglich sein. Dies wäre sozialverträglich auch ohne Kündigungen möglich. Das Jahr 2018 sei ein Kompromiss gewesen, der der Stärke der Gewerkschaft IGBCE geschuldet gewesen sei. Im Koalitionsvertrag stehe jedoch, dass der Vertrag, wonach die Steinkohlesubventionierung 2018 ende, eingehalten werde.

Bezüglich der Steuerdebatte auf Bundesebene vermisse er eine seriöse Gegenfinanzierung. Ob die Maßnahmen trügen, sei reine Spekulation. Es handele sich um reine Geldgeschenke mit der Konsequenz, Kredite aufzunehmen.

MR Dr. Reiner Eisold (MWME) lässt wissen, von der Landesbürgerschaft in Höhe von 1,5 Milliarden € seien bis heute 560 Millionen € ausgereicht. Es gebe noch drei Sitzungen. Pro Sitzung 30 bis 40 Millionen €. Insofern könne man ausrechnen, wo man lande.

Auf eine Bemerkung von **Thomas Eiskirch (SPD)** antwortet **MR Dr. Reiner Eisold (MWME)** an, der ursprüngliche Rahmen hätte aus heutiger Sicht gereicht. Viele Dinge seien jedoch im November letzten Jahres diskutiert worden und würden Ende dieses Jahres entschieden. Insofern gebe es, was die Inanspruchnahme des Bürgerschaftsrahmens angehe, eine gewisse Unsicherheit. Anfang des Jahres sei auch noch nicht absehbar gewesen, in welcher Form Opel gehandelt werde.

Ministerin Christa Thoben (MWME) lässt verlauten, zum Volumina könne sie noch keine Angaben machen. Dies wolle sie auch begründen:

Bevor die Budgets festgelegt werden können, musste der Staatssekretärsausschuss zunächst einmal beraten und entscheiden, welche Wettbewerbe 2010 durchgeführt werden sollen. Diese Entscheidung wurde am 2. November getroffen. Die Festlegung von Budgets für die vorgesehenen einzelnen Wettbewerbe ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, weil die Höhe der frei verfügbaren Mittel im Haushalt 2010 zurzeit noch nicht bekannt ist. Die Höhe der freien Mittel 2010 ist unter anderem davon abhängig, in welcher Größenordnung der Ansatz 2010 durch die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushalt 2009 gebunden wird. In welchem Umfang Verpflichtungsermächtigungen 2009 zu Lasten 2010 tatsächlich in Anspruch genommen worden sind, wird zum Jahresabschluss 2009 bekannt sein. Dann kann man die Budgets festlegen.

Zur Absenkung im Bereich der Kohlehilfen: Man könne nicht eine von Weltmarktpreisen abhängige, sich kurzfristig abzeichnende Entlastung in mittelfristige Projekte stecken. Dies wäre unsolide. Sie wolle aber vortragen, was in die Bergbaurückzugsgebiete, die man ja definiert habe, in den einzelnen Jahren geflossen sei: in 2006 100 Millionen €, in 2007 121 Millionen € und in 2008 110 Millionen €. Hierin seien auch alle kofinanzierten Beiträge enthalten. Auf diese Subventionsabsenkung könne man sich ja nicht mittelfristig einstellen. Diesbezüglich wolle sie einen entsprechenden Passus aus dem Koalitionsvertrag vorlesen:

Ein Teil der durch den Subventionsabbau gewonnenen Finanzmittel wollen wir für neue Arbeitsplätze, Infrastruktur und städtebauliche Entwicklungen in den Bergbauregionen einsetzen.

Das, was bislang schon in die Regionen geflossen sei, sei ihrer Ansicht nach vorzeigbar.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der **Ausschuss** dem Einzelplan 08 zu.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>1. Im Haushalt 2010 wird der Plafonds für das Jahr 2009 abgebildet.</p> <p>2. Der durchschnittliche BAFA-Preis (Drittlandskohle) für das Jahr 2009 beträgt (errechnet auf der Grundlage der ersten beiden Quartale) 83,80 EUR.</p> <p>3. Die Produktion im Jahr 2009 beläuft sich laut DSK-Planung auf 16,5 Mio t.</p> <p>4. Der bei der Festsetzung des Plafonds 2009 zu Grunde gelegte Verkaufserlös beträgt 46 EUR/t. Im Sinne der Kappingsregelung können die Kohlebeihilfen um den diesen Betrag übersteigenden Verkaufserlös gemindert werden.</p> <p>5. Die von der RAG/DSK reklamierte finanzielle Unterdeckung für das Jahr 2009 beträgt 128 Mio EUR. Sie ist gemäß der kohlepolitischen Verständigung vom 7. Februar 2007 bei der Berechnung eines möglichen Rückzahlungsbetrages zu berücksichtigen.</p> <p>Insofern ergibt sich folgende Berechnung:</p> <p>Schritt 1: 83,80 EUR - 46,00 EUR = 37,80 EUR Schritt 2: 37,80 EUR * 16,5 Mio/t = 623,70 Mio EUR Schritt 3: 623,70 Mio EUR - 128,00 Mio EUR = 495,70 Mio EUR</p> <p>Unter Zugrundelegung eines Rückzahlungsschlüssels (Bund: 78,1 %; NRW: 21,9 %) ergeben sich folgende Rückzahlungsbeträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bund: 387,14 Mio EUR • Land NRW: 108,56 Mio EUR <p>Mit Blick auf die Entwicklung des Drittlandskohlepreises im 2. Halbjahr 2009 und mit Blick auf spezifische Regelungen in den Kohlerichtlinien ist es geboten, den errechneten Rückzahlungsbetrag um 33,33 % zu mindern. So ergibt sich ein bereinigter Rückzahlungsbetrag in Höhe von 72,37 Mio EUR.</p>	